

Habermas on Ice – Deliberative Verfassungsexperimente, demokratischer Nepotismus und Parteienwettbewerb in Island

Sven Jochem*

Die wissenschaftliche Literatur zur isländischen Demokratie ist überschaubar.¹ Dabei gibt es gute theoretische Gründe, sich mit den jüngsten Entwicklungen des Landes systematisch zu befassen: Island ist erstens ein Sonderfall innerhalb der nordischen Staatenfamilie.² Dort fehlt eine mächtige Arbeiterbewegung, der politische Wettbewerb wird von Parteien der Mitte und des rechten politischen Spektrums seit Jahrzehnten dominiert, und die typisch nordischen Institutionen eines pragmatisch-konsensuellen Regierens sind weniger stark ausgeprägt als bei den skandinavischen Nachbarn. Gleichwohl weist Island in vielen Perspektiven die Leistungskraft des klassischen nordischen Modells auf: Die Qualität der Demokratie sei ebenso exzellent wie die Lebenszufriedenheit, die soziale Absicherung der isländischen Bevölkerung entspreche dem nordischen Standard, und dies alles ginge einher mit einer innovativen und wachstumsstarken Wirtschaft. Ist das nordische Profil der Staatstätigkeit also gar kein Effekt mächtiger Arbeiterbewegungen?

Zweitens ist Island mit besonderer Wucht von der globalen Finanzkrise erfasst worden.³ Nach einer finanzpolitischen „Kernschmelze“ folgte eine friedliche „Revolution“, in deren Verlauf die Grundregeln des demokratischen Spiels – vorübergehend – außer Kraft gesetzt wurden. Diese „neue“ Politik eröffnete den Weg hin zu – nun wieder rückgängig gemachten – Beitrittsverhandlungen mit der EU sowie eine die internationale Aufmerksamkeit auf sich ziehende und letztlich durchaus erfolgreiche Krisenpolitik. Wie kann dieses erfolgreiche Krisenmanagement erklärt werden, und welche Faktoren prägen die außen- wie auch innenpolitischen Kurswechsel in nur kurzer Zeit?

Drittens schließlich ebnete die isländische Finanzkrise den Weg hin zu einem im internationalen Vergleich bislang beispiellosen Experiment: Zivilgesellschaftliche Akteure berei-

* Für die hervorragende Unterstützung bei den Recherchen zu diesem Beitrag bedanke ich mich sehr herzlich bei *Elena Hinrichs*. Ein Teil der Forschung zu diesem Beitrag wurde dankenswerterweise finanziert von der DFG Exzellenzinitiative „Kulturelle Grundlagen von Integration“ (EXC 16), Universität Konstanz.

1 Vgl. die Klassiker *Grétar Thór Eythórsson* / *Detlef Jahn*, Das politische System Islands, in: *Wolfgang Ismayr* (Hrsg.), Die politischen Systeme Westeuropas, Wiesbaden 2009, S. 195 – 218; sowie die entsprechenden Beiträge in: *Frauke Rubart*, Politisches Engagement in Nordeuropa, Norderstedt 2010.

2 Vgl. *Sven Jochem*, Die politischen Systeme Skandinaviens, Wiesbaden 2012.

3 Vgl. *Throvaldur Gylfason*, Iceland, Rising from the Ashes, London 2012; *Stefán Ólafsson*, Icelandic Capitalism – From Statism to Neoliberalism and Financial Collapse, in: *Lars Mjøset* (Hrsg.), The Nordic Varieties of Capitalism, Oslo 2011, S. 1 – 52; *Herman Schwartz*, Iceland's Financial Iceberg: Why Leveraging Up is a Titanic Mistake Without a Reserve Currency, in: *European Political Science*, 10. Jg. (2011), H. 3, S. 292 – 300; *Robert H. Wade* / *Silla Sigurgeirsdóttir*, Iceland's Rise, Fall, Stabilisation and Beyond, in: *Cambridge Journal of Economics*, 36. Jg. (2012), H. 1, S. 127 – 144. Aus kulturwissenschaftlicher Perspektive vgl. *Ann-Sofie Nielsen Gremaud*, The Vikings are Coming! A Modern Icelandic Self-Image in the Light of the Economic Crisis, in: *Nordeuropaforum*, 20. Jg. (2010), H. 1/2, S. 87 – 106.

teten in einem deliberativen⁴ und sehr stark über neue Medien erfolgten Prozess eine Verfassungsreform vor, die jedoch mit der Wahl zum Parlament am 27. April 2013 vorerst gescheitert ist.

Dieser Beitrag dokumentiert und analysiert die Formen, Gründe und Konsequenzen der jüngsten demokratischen Entwicklungen in Island, geht hingegen nicht systematisch auf die Bestimmungsgründe der wirtschaftlichen, sozialen und fiskalischen Krisenpolitik ein. Das isländische Beispiel belegt, wie lückenhaft klassische Methoden der Demokratiemessung sein können. Die zentrale These konzentriert sich hier allerdings auf die Möglichkeiten und Grenzen zivilgesellschaftlicher, deliberativer Reformen, die bei aller zivilgesellschaftlichen Verankerung stets durch ein politisches Nadelöhr müssen, dessen Weite von demokratischen Entscheidungsregeln und parteipolitischen Strategien im Parteienwettbewerb bestimmt wird.

1. Islands Demokratie in der Finanzkrise

Die nordischen Demokratien werden – den gängigen Messverfahren zufolge – stets zur qualitativ hochstehenden Spitzengruppe entwickelter Demokratien gezählt. Folgt man den empirischen Analysen von Freedom House, der Bertelsmann-Stiftung, dem Economist oder dem jüngst ins Leben gerufenen Democracy-Barometer, dann rangieren sie ebenso wie die isländische Demokratie in der internationalen Spitzengruppe (Tabelle 1).

Die eher groben Messungen von Freedom House liefern keinen nennenswerten Informationsgehalt. Sowohl vom Economist als auch vom Democracy-Barometer wird der isländischen Demokratie eine sehr gute Qualität zugesprochen. Skeptischer erfolgt die Einstufung seitens der vergleichenden Demokratiemessung durch die Bertelsmann-Stiftung. Aber auch dort rangiert Island im oberen Mittelfeld von insgesamt 31 hoch entwickelten Demokratien, allerdings deutlich hinter den nordischen Nachbarländern. Die Berücksichtigung von Korruption wirft ebenfalls ein eher negatives Licht auf das Land im innernordischen Vergleich. Gleichwohl ist es auch in diesem Bereich noch in der Spitzengruppe weltweit vertreten.

Ein Blick auf die Messversuche des Democracy-Barometers im historischen Längsschnitt zeigt zudem (Abbildung 1), wie seit Mitte der 1990er Jahre die Qualität der isländischen Demokratie stetig anstieg; am letzten Beobachtungspunkt im Jahr 2007 rangierte Island

4 In diesem Beitrag wird auf die deliberative Demokratietheorie von *Jürgen Habermas* Bezug genommen, ohne diese in ihren Grundlagen und Begründungszusammenhängen umfassend erörtern zu können. Der normative Kern einer deliberativen Demokratie besteht in zivilgesellschaftlichem Beratschlagen, Argumentieren und Sichverständigen in öffentlichen Angelegenheiten; in solch einem deliberativen Prozess käme der „zwanglose Zwang“ (*Habermas*) des besseren Arguments zum Zuge und würde die politischen Akteure „nötigen“, gegenläufige Interessen aufzugeben. Sicherlich können die anspruchsvollen Bedingungen einer herrschaftsfreien Kommunikation unter realpolitischen Bedingungen nicht erreicht werden. Gleichwohl erscheint die Verfassungsreform in Island weitgehend auf deliberative Normen einer offenen und systematischen Bürgerbeteiligung einzugehen. Vgl. *Jürgen Habermas*, *Theorie des kommunikativen Handelns*, Frankfurt am Main 1981; *ders.*, *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*, Frankfurt am Main 1992; sowie als kritische Würdigung die Beiträge in *Seyla Benhabib* (Hrsg.), *Democracy and Difference*, Princeton 1996 (vgl. auch Fn. 17).

Tabelle 1: Demokratiequalität in den nordischen Ländern

	SGI Bertelsmann-Stiftung		Freedom- House Index	Economist Demokratie- Messung	Democracy- Barometer	Korruption
	Status Index	Management Index				
	Stand 2011 (Rangplätze)		Stand 2012	Stand 2012 (Rangplätze)	Stand 2005 (Rangplätze)	Stand 2012 (Rangplätze)
Dänemark	8,34 (5)	7,90 (3)	Free	9,52 (4)	1	90 (1)
Finnland	8,52 (3)	7,79 (4)	Free	9,06 (9)	2	90 (1)
Island	7,65 (10)	7,23 (8)	Free	9,65 (3)	4	82 (11)
Norwegen	8,64 (2)	8,20 (2)	Free	9,93 (1)	6	85 (7)
Schweden	8,65 (1)	8,29 (1)	Free	9,73 (2)	5	88 (4)
„N“ der Studien	31	31	195 (und 14 Territorien)	167	30	174
Quellen: Sustainable Governance Indicators (SGI) 2011 der Bertelsmann Stiftung, http://www.sgi-network.org/index.php?page=download_2011 ; Freedom in the World 2013, Democratic Breakthroughs in the Balance, http://www.freedomhouse.org/sites/default/files/FIW%202013%20Charts%20and%20Graphs%20for%20Web_0.pdf ; The Economist Intelligence Unit Limited 2013, https://portoncv.gov.cv/dhub/porton.por_global.open_file?p_doc_id=1034 ; Democracy Barometer, Rangliste der Demokratiequalität, http://www.democracybarometer.org/ranking_de.html ; Corruption Perception Index, Transparency International, http://cpi.transparency.org/cpi2012/results/ (Abruf jeweils am 23. September 2013). Bei den hier aufgelisteten Indikatoren handelt es sich um komplexe quantitative Messverfahren, die alle- samt die Qualität einer Demokratie in metrischen Variablen bestimmen wollen.						

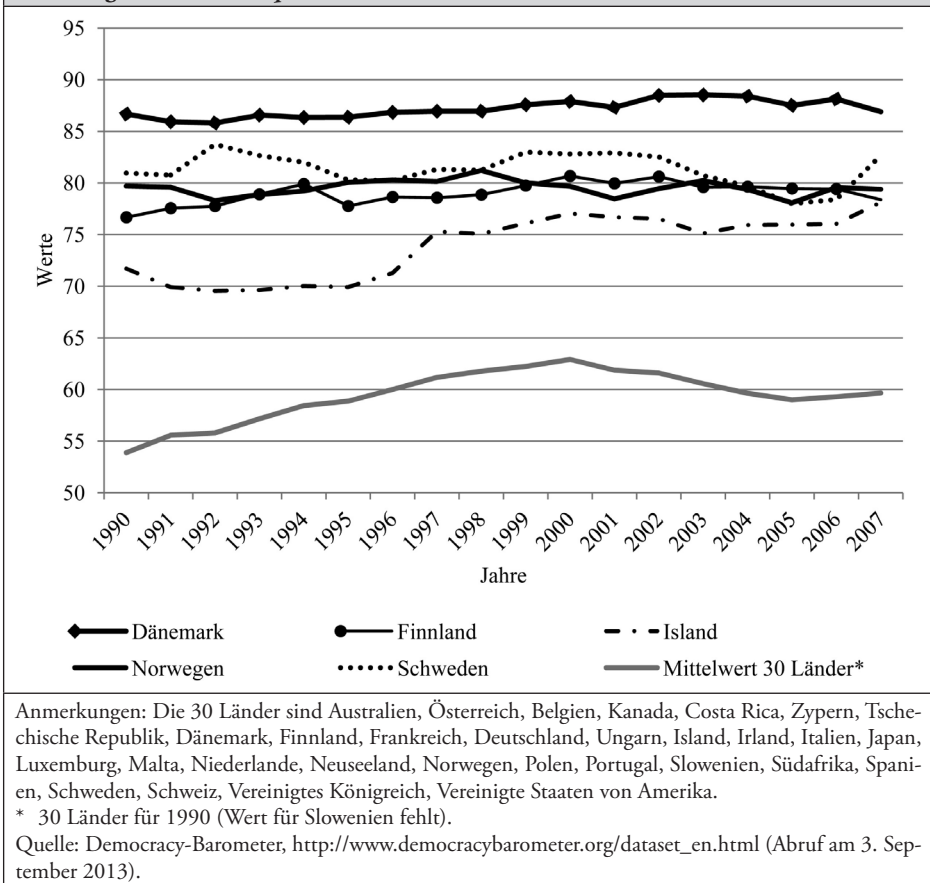
mit Deutschland auf demselben Qualitätsniveau (die Werte für Deutschland sind nicht in Abbildung 1 abgetragen).

Die formalen Institutionen der nordischen Demokratien ähneln dem britischen Westminster-Modell. Es existieren nur wenige institutionalisierte Formen der Gewaltenschränkung oder Politikverflechtung. Allerdings ergänzt in Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden eine Vielzahl „weicher“ Institutionen den Prozess der parteipolitisch angetriebenen Wettbewerbsdemokratie mit konsensualen und pragmatischen Entscheidungsregeln. Hier wären korporatistische Staat-Verbände-Beziehungen, das Regieren in Minderheitsposition sowie Regeln des negativen Parlamentarismus ebenso zu nennen wie die Formen des Regierens mit Kommissionen, deren Mitglieder (lange Zeit) aus den wichtigsten Interessenverbänden rekrutiert wurden. In Island fehlen solche „weichen“, konsensfördernden demokratischen Institutionen weitgehend.⁵

Die mehrheitsdemokratischen Institutionen der isländischen Republik wurden seit der nationalen Unabhängigkeit von Dänemark 1944 von einem „nicht-nordischen“ Parteienwettbewerb ausgefüllt. Anders als in den anderen nordischen Demokratien dominierte in Island nicht die Arbeiterbewegung. Dominant waren hingegen die konservativ-liberale Unabhängigkeitspartei (SSF) sowie die zentristisch-liberale Fortschrittspartei (FSF), die sich vor allem den ländlich-agrarischen Interessen verpflichtet fühlt. Die isländischen Sozialdemokraten (S) konnten bei nationalen Wahlen nur selten mehr als 20 Prozent gewinnen;

5 Vgl. zum Zusammenspiel formaler und informeller Institutionen ausführlicher *Sven Jochem*, Skandinavien, in: *Hans-Joachim Lauth* (Hrsg.), Vergleich politischer Systeme. Formale und informelle Institutionen im politischen Prozess, München 2014 (im Erscheinen).

Abbildung 1: Demokratiequalität der nordischen Länder 1990 bis 2007



zudem war das linke Lager zwischen einer sozialdemokratischen und mitunter starken kommunistisch-sozialistischen Parteien gespalten. Lange Jahre der Nachkriegszeit waren die isländischen Sozialdemokraten dennoch Juniorpartner in Koalitionen, die fast ohne Ausnahme mehr als 50 Prozent der Parlamentssitze auf sich vereinigen konnten. Eine Tradition des konsensfördernden Minderheitsparlamentarismus fehlt also in Island.⁶

Die Praxis lagerübergreifender Koalitionen endete Mitte der 1990er Jahre. Mit dem Zerfall des Ostblocks und der voranschreitenden Deregulierung der internationalen (Finanz-) Märkte setzte sich in Island die konservativ-liberale Unabhängigkeitspartei in den Wahlen als dominante Kraft durch. *David Oddson*, der langjährige Vorsitzende der Unabhängigkeitspartei, konnte – von 1991 bis 1995 noch in einer Koalition mit den Sozialdemokraten – eine Liberalisierungsstrategie der isländischen Wirtschaft, insbesondere des Finanzsystems betreiben. Seit 1995 bis zum Ausbruch der globalen Finanzkrise regierte die Unabhängigkeitspartei im Bündnis mit der zentristisch-agrarischen Fortschrittspartei.

6 Vgl. ausführlich *Sven Jochem*, a.a.O. (Fn. 2); *ders.*, a.a.O. (Fn. 5).

Durch das isländische Wahlrecht werden die ländlichen Regionen stark bevorzugt. So sind in Reykjavik zwei- bis viermal so viele Stimmen für einen Parlamentssitz notwendig wie auf dem Lande. Dieses Wahlrecht wird in der Literatur verantwortlich gemacht für die protektionistische und auf agrarische Interessen ausgerichtete Politik Islands sowie die sehr späte Öffnung isländischer Wirtschaftszweige – wie dem Finanzsektor – für die internationalen Märkte.⁷

Seit den 1990er Jahren wandelte sich das Land zur „coolen Goldinsel im Nordatlantik“⁸. Der isländische Finanzmarkt wurde rasch liberalisiert und mit einer besonderen Förderungsstrategie der Regierung konnten sich bis dato eher provinzielle Geschäftsbanken auf den internationalen Märkten als „global players“ positionieren. Es entstand ein „crony capitalism“⁹, eine „Vetternwirtschaft“. Im Grunde wurde der Finanzsektor nur einseitig liberalisiert. Die Unabhängigkeitspartei wie auch die Fortschrittspartei übergaben die ehemals öffentlichen Banken an enge Vertraute aus der Wirtschaft (die zudem eng mit der Fischereiwirtschaft verbunden sind). Ausländische Investoren kamen nicht zum Zuge. Dadurch entwickelte sich ein enges personelles Netzwerk, in dem sich die Banken durch finanzielle, aber auch personelle Querverbindungen selber finanzierten, sich durch lockere Regeln gegenseitig „aufpumpten“. Letztlich entstand eine Spirale aus sich gegenseitig finanzierenden und Kredite verleihenden Banken unter laxer staatlicher Aufsicht, in denen viele Familienmitglieder und Anhänger der Regierungseliten auf hoch dotierte Positionen gelangten.

Es ist bezeichnend, dass *David Oddson* als einer der in höchstem Maße verantwortlichen Politiker nach seiner aktiven Zeit als Premierminister und Außenminister 2005 die Leitung der isländischen Zentralbank übernahm. Nachdem seine Politik auf diesem Posten im Verlauf der isländischen Finanzkrise in heftige öffentliche Kritik geraten war, wurde er am 26. Februar 2009 von der neu gewählten linken Koalition des Amtes enthoben. Daraufhin wechselte er als Herausgeber zur größten isländischen Tageszeitung, *Morgunbladið* – es sei, als mache man „*Richard Nixon* editor of the *Washington Post* to ensure fair and balanced coverage of Watergate“¹⁰.

Dieser Fall ist nur ein besonders eindringliches Beispiel für den Nepotismus in einer der vermeintlich besten Demokratien weltweit. Politische Ämter wurden auch in Kernbereichen nach persönlichen Abhängigkeitsbeziehungen vergeben. So begünstigten die herrschenden Parteieliten ihre Klientel nicht nur im Finanzsektor und in der Fischereiwirtschaft, sondern die Koalition konnte auch die Positionen im Obersten Gerichtshof mit treuen Anhängern besetzen. Damit schuf die isländische Politik enge Verbindungen zwischen Politik, Recht und Wirtschaft – ähnlich wie in Südkorea oder Thailand vor den dortigen Finanzkrisen in den späten 1990er Jahren.¹¹

Die Finanzkrise kündigte sich in Island bereits 2006 an. Aufgrund der extrem aufgeblähten Bilanzen isländischer Banken kam es, da viele kurzfristige Kredite aus den USA

7 Vgl. *Thorvaldur Gylason / Bengt Holmström / Sixten Korkman / Hans Tson Söderström / Vesa Vihriälä*, Nordics in Global Crisis. Vulnerability and Resilience, Helsinki 2010, S. 140.

8 *Frauke Raubart*, a.a.O. (Fn. 1), S. 600.

9 *Herman Schwartz*, Iceland in the Kreppa: Leveraging, Corruption, and the Power of Finance, in: *Governance*, 24. Jg. (2011), H. 1, S. 276 – 182.

10 *Thorvaldur Gylason / Bengt Holmström / Sixten Korkman / Hans Tson Söderström / Vesa Vihriälä*, a.a.O. (Fn. 7), S. 158.

11 Vgl. *Herman Schwartz*, a.a.O. (Fn. 9), S. 179.

abgezogen wurden, in diesem Jahr zu einem bedrohlichen Liquiditätsengpass isländischer Geschäftsbanken. Diese reagierten auf gewohnte Weise, indem die Zinsen für Einlagen stark angehoben wurden, was mehrere Milliarden Euro innerhalb kürzester Zeit ins Land spülte. Allerdings standen diesen extrem hohen Einlagen keine Sicherheiten gegenüber, hier waren die regulativen Vorgaben – im Gegensatz zu den nordischen Nachbarländern – sehr locker.¹² Dieses Geld wurde auf verflochtenen Wegen in das isländische Konglomerat aus Finanzindustrie, Fischereiwirtschaft und Realwirtschaft geleitet und führte somit zu einer starken Kreditblase. Die globale Finanzkrise hatte ohne Zweifel ihren Ursprung in den USA, allerdings bereitete die riskante Politik der bürgerlichen Koalition seit Mitte der 1990er Jahre den Boden für die finanzielle Kernschmelze in Island vor; und diese Vorbereitung wurde ermöglicht durch nepotistische Defekte der isländischen Demokratie.

Die Finanzkrise traf das Land mit voller Wucht. Das isländische Bankenskapital betrug im Jahr 2000 noch ungefähr 100 Prozent des Bruttoinlandsproduktes, bereits 2008 war der Wert auf 900 Prozent explodiert; allein die ausländischen Verpflichtungen der isländischen Banken erreichten 500 Prozent des heimischen Bruttoinlandsproduktes.¹³ Diese Zahlen zeigen nicht nur das rasante Wachstum des Finanzsektors, sie verdeutlichen auch die Gefahren für die isländische Politik als letzter Garantieinstanz. Die Banken¹⁴ waren in der Tat zu groß, um von staatlicher Seite gerettet werden zu können.

Mit der Krise verlor die isländische Währung rasch an Wert. Die Banken forderten von der Regierung Unterstützung, die jedoch von der Regierung und der Zentralbank, geleitet von *David Oddson*, nicht bereitgestellt wurde. So näherten sich die isländischen Kreditinstitute rasch dem Zustand der Zahlungsunfähigkeit. Begrenzte Hilfe wurde von nordischen Nachbarländern – aber auch Russland – zugesichert, die Finanzkrise unterhöhlte jedoch das aufgeblähte isländische Finanzsystem und überforderte die finanzpolitische Kraft des Inselstaates. Schließlich kam es zu einer Übereinkunft mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF), in der eine fiskalische Absicherung des Staates mit einschneidenden Krisenmaßnahmen kombiniert wurde. Als Folge war die isländische Demokratie kaum mehr souverän, denn der IWF gab die Leitplanken einer Krisenpolitik vor. Da Island nicht Mitglied der EU ist, wurden weitere Vereinbarungen mit ausländischen Gläubigern, vor allem in den „Icesave-Abkommen“, auf bilateralem Wege mit Großbritannien und den Niederlanden abgeschlossen. Die Finanzkrise eröffnete allerdings auch ein „window of opportunity“ für demokratische Umwälzungen.

Mit der zugespitzten Lage auf dem Finanzmarkt eskalierten die Proteste in der Vorweihnachtszeit 2008 auf den Straßen der Landeshauptstadt und mündeten in eine Revolution – allerdings á la Island. Diese Revolution der „pots and pans“ ereignete sich vor dem Parlament, indem mit Küchenutensilien lautstark der Protest gegen die Regierung, die isländi-

12 Die nordischen Länder Finnland, Norwegen und Schweden hatten in den frühen 1990er Jahren Bankenkrise zu meistern. Spätestens seit Mitte der 1990er Jahre wurden die Bankenaufsicht und die allgemeine Regulierung des Finanzsektors deutlich intensiviert. Dies ist auch ein Grund, dass sich die globale Finanzkrise in diesen Ländern nur schwach bemerkbar machte. Vgl. *Sven Jochem*, a.a.O. (Fn. 2), S. 161 – 166; *Thorvaldur Gylason* / *Bengt Holmström* / *Sixten Korkman* / *Hans Tson Söderström* / *Vesa Vihriälä*, a.a.O. (Fn. 7).

13 Vgl. *Thorvaldur Gylason* / *Bengt Holmström* / *Sixten Korkman* / *Hans Tson Söderström* / *Vesa Vihriälä*, a.a.O. (Fn. 7), S. 149.

14 Glitnir, Kaupthing und Landsbanki sind die dominierenden Geschäftsbanken in der isländischen Finanzkrise.

sche Zentralbank und das politische Establishment zum Ausdruck gebracht wurde. Das Vertrauen der Isländer in die politischen Institutionen des Landes sank rapide.¹⁵ Mitunter kam es zu „Gewalt“, Protestierende warfen Schneebälle (und Nahrungsmittel) auf die Politiker und insbesondere den damaligen Ministerpräsidenten *Geir Haarde* (SSF). Die Sozialdemokratische Partei war seit Mai 2007 Juniorpartner in einer Koalition mit der Unabhängigkeitspartei und zog sich als Reaktion auf die Proteste im Februar aus dem Bündnis zurück. Aufgrund parlamentarischer Unterstützung durch die oppositionelle Fortschrittspartei konnten die Sozialdemokraten mit der links-libertären Allianz eine Minderheitsregierung bilden und für Mai 2009 Neuwahlen ankündigen. Bereits für die Minderheitsregierung standen die zentralen Aufgaben fest: eine sozialpolitisch abgefederte Krisenpolitik, Beitrittsverhandlungen mit der EU sowie eine umfassende Verfassungsreform.

2. Verfassungsreform zwischen „Crowd-Sourcing“, Deliberation und Parteienwettbewerb

Bei der Wahl im Mai 2009 wurden beide Linksparteien gestärkt und erlangten zusammen eine parlamentarische Mehrheit von 34 der insgesamt 63 Parlamentssitze. Die Finanzkrise brachte neue Akteure auf die parlamentarische Bühne. So konnte die erstmals angetretene Bürgerbewegung (BF) viele Aktivisten der „pots and pans“-Revolution in das Parlament integrieren. Es kam aber auch zu skurrilen Entwicklungen. So setzte sich in Reykjavik eine neue Partei („Die Besten“) im Stadtparlament mit relativer Mehrheit durch, die vom Punkrocker, Taxifahrer, Kabarettisten und späteren Bürgermeister von Reykjavik, *Jón Gnarr*, angeführt wird. Diese Partei setzte auf einen eher dadaistischen Wahlkampf mit zum Teil absurden Forderungen.¹⁶

Die Finanzkrise veränderte die politischen Verhältnisse Islands. Die linken Parteien konnten nicht nur die Mehrheit im Parlament erreichen, auch der gesellschaftliche Protest kanalisierte sich in parlamentarische Bahnen. Die Krise sollte dazu genutzt werden, konstitutionelles Neuland zu betreten. Die Verfassungsreform war das anfängliche Kernprojekt der neuen Koalition neben einem anvisierten EU-Beitritt. Die regierenden Linksparteien waren mehrheitlich für eine umfassende Verfassungsrevision, scheiterten allerdings noch

15 Während in der Finanzkrise das Vertrauen („Sozialkapital“) gegenüber den Mitmenschen oder Familienangehörigen anstieg, kam es zu einem rasanten Verlust an Vertrauen in politische Parteien und in die Funktionsweise der Demokratie insgesamt. Insbesondere die latente Korruption in den Parteien wurde von großen Teilen der isländischen Bevölkerung zunehmend kritisiert. Vgl. zum ersten Aspekt *Katarzyna Growiec / Sjöfn Vilhelmsdóttir / David Cairns*, Social Capital and the Financial Crisis: The Case of Iceland, in: CIES e-Working Paper Nr. 138, Lissabon 2012, http://www.cies.iscte.pt/np4/?newsId=453&fileName=CIES_WP138_Growiec_Vilhelmsdottir_Cair.pdf (Abruf am 3. September 2014). Zum zweiten Aspekt vgl. *Gissur Ó Erlingsson / Jonas Linde / Richard Öhrvall*, Crash in Economy, Crash in Confidence. Perceptions of Corruption and Political Support in Iceland Before and After the Financial Crisis, in: The Quality of Government Institute Gothenburg Working Paper Nr. 16, Göteborg 2013, http://www.qog.pol.gu.se/digitalAssets/1464/1464006_2013_16_erlingsson_linde_--hrvall.pdf (Abruf am 3. September 2014).

16 So forderte die Partei einen Eisbär für den isländischen Zoo, ein drogenfreies Parlament und eine Umwandlung der Kinderbetreuungseinrichtungen in Aktiengesellschaften. Das offizielle Wahlvideo ist zu sehen unter <http://www.youtube.com/watch?v=xxBW4mPzv6E> (Abruf 17. September 2013). Vgl. auch *Jón Gnarr*, Hören Sie gut zu und wiederholen Sie!!! Wie ich einmal Bürgermeister wurde und die Welt veränderte, Stuttgart 2014.

vor der Neuwahl im Jahr 2009 mit einem entsprechenden Antrag im Parlament. Die Opposition verweigerte ihre Zustimmung, und durch Filibuster-Strategien zogen sich die Beratungen in die Länge. Nach der Parlamentswahl konnten beide Linksparteien allerdings auf eine solide Mehrheit bauen und forcierten erneut eine Verfassungsreform. Allerdings setzten die regierenden Akteure und die Bürgerbewegung nun nicht mehr auf eine von Parteipolitikern und Experten vorgefertigte Verfassung; vielmehr sollte in netzaffiner Art und Weise die neue Verfassung von der isländischen Bevölkerung beziehungsweise der isländischen Zivilgesellschaft in deliberativer Weise erarbeitet werden.¹⁷ Das Ziel war „(e)ine Verfassung wie Wikipedia“¹⁸, die mit „crowd-sourcing“¹⁹ die Interessen und die Vernunft der gesamten Gesellschaft in den Prozess der Verfassungsrevision einfließen lassen wollte. Kurz: auf deliberativen Wegen sollte eine „Super-Demokratie“²⁰ entstehen.

Zusammengefasst durchlief dieser Prozess mehrere Etappen (vgl. Tabelle 2). In einem ersten Schritt berief die Regierung ein siebenköpfiges Verfassungskomitee ein. Die Mitglieder waren allesamt Personen des öffentlichen Lebens oder Akademiker. Dieses Komitee sollte den Reformprozess administrativ begleiten, die Öffentlichkeit informieren und vor allem als Sammelstelle für die Anregungen der Bürger dienen. Über eine Internetseite wurden mehrere Tausend Vorschläge eingereicht, bei denen vor allem die Themen des Wahlrechts und des staatlichen Schutzes der isländischen Naturressourcen dominierten. Der erste Punkt zielte auf ein neues Wahlrecht ab, in dem die Bevorzugung der ländlichen Regionen abgeschafft werden und jede Stimme gleichgewichtig sein sollte. Der zweite Punkt nahm Bezug auf die Strategie der bisherigen Regierungen, natürliche Ressourcen wie zum Beispiel günstige Thermoenergie von privatwirtschaftlichen (internationalen) Unternehmen ausbeuten zu lassen. Außerdem ging es um die Vergabepraxis der Fischereilizenzen, die zu einer gewaltigen Macht- und Kapitalakkumulation in wenigen Händen führte. Das

17 Der Begriff der Deliberation nimmt Bezug zur normativen Demokratietheorie von *Jürgen Habermas*. Während in seiner Theorie der Prozess der Deliberation, der gemeinsamen zivilgesellschaftlichen Beratschlagung öffentlicher Angelegenheiten, von speziellen Institutionen, wie zum Beispiel herrschaftsfreier Kommunikation ohne Zeitdruck, abhängt, kann der Prozess der Verfassungsrevision in Island durchaus als deliberativ bezeichnet werden, auch wenn solche Institutionen verständlicher Weise unter den realpolitischen Bedingungen nicht vorhanden waren. Wie im Folgenden gezeigt wird, setzte der Prozess der Verfassungsrevision auf eine umfassende Mobilisierung der Bevölkerung, der vielfältige Kanäle der direkten oder auch der virtuellen Partizipation und Beratschlagung eingeräumt wurden. Letztlich lag in der zivilgesellschaftlichen Mobilisierung ohne direkte Einbeziehung politischer Parteien das emanzipatorische Selbstverständnis der isländischen Verfassungsbewegung. Vgl. *Susan Burgess / Christine Keating*, Occupy the Social Contract! Participatory Democracy and Iceland's Crowd-Sourced Constitution, in: *New Political Science*, 35. Jg. (2013), H. 3, S. 417 – 431; kritisch hierzu *Bjark Valtýsson*, Democracy in Disguise: The Use of Social Media in Reviewing the Icelandic Constitution, in: *Media, Culture & Society*, 36. Jg. (2014), H. 1, S. 52 – 68.

18 *Thomas Kirchner*, Eine Verfassung wie Wikipedia, in: SZ vom 17. März 2013, S. 9.

19 Vgl. *Harvey Morris*, Crowdsourcing Iceland's Constitution, in: *International Herald Tribune* vom 24. Oktober 2012, <http://rendezvous.blogs.nytimes.com/2012/10/24/crowdsourcing-iceland-constitution>, (Abruf am 3. September 2013). Unter „crowd-sourcing“ kann eine freiwillige und auf dem Internet basierte Kooperation zur Erbringung kollektiver Leistungen verstanden werden.

20 *Maximilian Steinbeis*, Das kleine Island auf dem Weg zur Super-Demokratie, in: *Die Welt* vom 19. März 2013, <http://www.welt.de/politik/ausland/article110058825/Das-kleine-Island-auf-dem-Weg-zur-Super-Demokratie.html> (Abruf am 3. September 2013).

Tabelle 2: Chronologie des Verfassungsreformprozesses in Island

Winter 2008/2009	„Pots and Pans“-Revolution“
29. April 2009	Parlamentswahl erbringt linke Koalitionsmehrheit, Reformvorhaben: sozial ausgewogene Krisenpolitik, EU-Beitritt, Verfassungsreform
5. Januar 2010	Erstes Icesave Referendum, die Koalition unterliegt (98,1 Prozent Gegenstimmen)
16. Juni 2010	Siebenköpfiges Verfassungskomitee wird eingerichtet, Personen des öffentlichen Lebens, Experten, administrative Begleitung des Verfassungsreformprozesses
6. November 2010	Nationalversammlung (950 zufällig ausgewählte Teilnehmer diskutieren einen Tag die Verfassungsreform)
27. November 2010	Wahl der konstitutionellen Versammlung (25 Personen, „Single-Transferable-Vote“-System)
25. Januar 2011	Oberster Gerichtshof erklärt Wahl für ungültig
24. März 2011	Die Regierung gründet den Verfassungsrat als parlamentarischen Ausschuss und besetzt diesen mit den gewählten Repräsentanten zur konstitutionellen Versammlung
9. April 2011	Zweites Icesave Referendum, die Koalition unterliegt erneut (59,7 Prozent Gegenstimmen)
20. August 2012	Gründung der Vereinigung für eine neue Verfassung (SANS), Information und Werbung für Verfassungsreform
20. Oktober 2012	Referendum zur Verfassung (48,7 Prozent Wahlbeteiligung, deutliche Mehrheit für Verfassungsreform)
11. Februar 2013	Trotz einiger kritischer Einwände insgesamt positive Begutachtung des Verfassungsentwurfes durch Venice-Kommission des Europarates
Frühling 2013	Eine Abstimmung über die Verfassungsreform kann im Parlament nicht mehr stattfinden (Filibuster-Strategie der Opposition)
27. April 2013	Parlamentswahl: Mit dem Wahlsieg der Unabhängigkeitspartei sowie der Fortschrittspartei ist die Verfassungsreform de facto vorerst gescheitert
Quelle: Eigene Zusammenstellung.	

Verfassungskomitee legte einen umfangreichen Schlussbericht vor, in dem die Vielzahl der einzelnen Vorschläge zusammengefasst wurde.

In einem zweiten Schritt wurde eine Nationalversammlung einberufen. Die zufällig und nach repräsentativen Gesichtspunkten bei nahezu ausgeglichenem Geschlechterverhältnis ausgesuchten 950 Bürger traten am Samstag, den 6. November 2010 für einen Tag in der Hauptstadt zusammen, um allgemeine Gesichtspunkte einer neuen Verfassung zu diskutieren. Die Beratungen wurden in mehrere thematische Kleingruppen aufgeteilt, denen insgesamt zweihundert Assistenten bei der Informationsbeschaffung zur Seite standen. Die Ergebnisse aus den Gruppen wurden in einem Dokument zusammengeführt und unmittelbar im Internet für weitere Diskussionen abgelegt. Über 90 Prozent der Mitglieder der Nationalversammlung stuften die Arbeit als sehr gelungen ein.²¹ Erneut dominierten dabei die Themen des Wahlrechts und der Vergemeinschaftung der Naturressourcen.

Die dritte Etappe stellte die Wahl zu einer konstitutionellen Versammlung dar, die einen auf den bisher verfassten Dokumenten und den Online-Diskussionen basierenden Verfassungsentwurf zur Vorlage im Parlament erarbeiten sollte. Die Bevölkerung wurde aufgefor-

21 Vgl. Keating Burgess / Christine Keating, a.a.O. (Fn. 16), S. 425.

dert, 25 Personen zu bestimmen, die sich der letztlich entscheidenden Formulierung einer Verfassung widmen sollten. Insgesamt stellten sich 523 Kandidaten zur Wahl, die nach dem „Single-Transferable-Vote-System“ abgehalten wurde, um möglichst alle abgegebenen Stimmen beim Auswahlprozess zu berücksichtigen. Es fand kein dezidierter Wahlkampf statt, die Parteien hielten sich zurück, und die Kandidaten durften nicht Mitglied des Parlaments sein. Die Unabhängigkeits- und die Fortschrittspartei lehnten die Verfassungsrevision ab, die regierenden Linksparteien veröffentlichten keine expliziten Wahlempfehlungen. Letztlich kam es bei einer Beteiligung von (nur) 36 Prozent zur Wahl von 15 Männern und zehn Frauen des öffentlichen Lebens, deren sozio-ökonomischer Hintergrund tatsächlich sehr unterschiedlich war.²² Neben Akademikern und Juristen saßen auch Künstler, Unternehmer, Landwirte und Gewerkschafter in der konstitutionellen Versammlung. Einziger Kritikpunkt in der Öffentlichkeit war, dass die meisten Kandidaten aus der Hauptstadt kamen, insofern die ländlichen Gebiete unterrepräsentiert gewesen seien.

Auf Antrag eines gescheiterten Kandidaten und zwei nicht nommierter Personen, die allesamt in enger Verbindung zur Unabhängigkeitspartei standen, wurde aber der Oberste Gerichtshof tätig. Das Gericht legte seine Kompetenzen weit aus, kritisierte technische Fragen der Wahl und erklärte insgesamt die Wahl zur konstitutionellen Versammlung für ungültig. Dabei fällt auf, dass die Richter in den vergangenen Jahrzehnten stets vom Justizministerium ernannt worden waren, das von der Unabhängigkeitspartei dominiert wurde.

Die Regierung löste diesen Verfassungskonflikt durch eine Umgehungsstrategie. Die 25 gewählten Mitglieder der konstitutionellen Versammlung wurden von der Regierung in ein neu gegründetes parlamentarisches Gremium berufen, den Verfassungsrat.²³ Bis auf eine Person akzeptierten alle gewählten Mitglieder diesen strategischen Schachzug, ein Nachrücker des alten Verfahrens wurde als neues Mitglied des Verfassungsrates hinzugezogen. Insgesamt offenbart sich in diesem Konflikt zwischen den Verfassungsorganen die nepotistische Dynamik in der isländischen Demokratie, aber auch die schwache Position des Obersten Gerichtshofes: „This kind of thing is not something you would ordinarily expect to happen in a Nordic country – Italy, perhaps (...) or Japan or Russia, but not Scandinavia.“²⁴

Die Arbeit des Verfassungsrates erstreckte sich über vier Monate und war strikt geregelt. Während die Sitzungen der Unterkommissionen nicht öffentlich waren, wurden die gemeinsamen Sitzungen des Rates (wöchentlich donnerstags) per live-stream im Internet ausgestrahlt. Parallel wurden die Fortschritte über soziale Medien (Facebook, Twitter, Flickr) dokumentiert. Die isländische Bevölkerung konnte zu jedem Punkt dort Kommentare abgeben. Insgesamt wurden 3.600 Kommentare und 370 konkrete Vorschläge auf diesem Weg eingebracht.²⁵

Die Verfassungsrevision wurde in Umfragen von einer Mehrzahl der Bürger unterstützt. Insbesondere die Themen des Wahlrechts und der natürlichen Ressourcen wurden von bis

22 Die Zusammenstellung der gewählten Repräsentanten ist einsehbar auf der Internetseite der Iceland-Review Online vom 1. Dezember 2010, http://www.icelandreview.com/icelandreview/daily_news/?cat_id=16567&ew_0_a_id=370813 (Abruf 17. September 2013).

23 Informationen in englischer Sprache auf der Homepage des Verfassungsrates <http://www.stjornlagathing.is/english/> (Abruf am 17. September 2013).

24 *Thorvaldur Gylfason*, From Collapse to Constitution: The Case of Iceland, in: CESifo Working Paper Nr. 3770, März 2012, S. 16.

25 Vgl. *Keating Burgess* / *Christine Keating*, a.a.O. (Fn. 16), S. 425.

zu 70 Prozent als dringend reformbedürftig eingestuft.²⁶ Der Verfassungsrat griff auf die Vorarbeiten zurück, legte aber auch ausländischen Experten einen Verfassungsentwurf zur Begutachtung vor. Richtete sich seine Arbeit also an Fachleute, vor allem aber an die gesamte isländische Öffentlichkeit, so ergingen gesonderte Aufforderungen zur Beteiligung weder an Interessenorganisationen noch an politische Parteien. Die gesamte Arbeit wurde mit einem starken ur-demokratischen Pathos durchgeführt. Insofern ist die Präambel explizit an die US-amerikanische Verfassung angelehnt: „We, the people of Iceland, wish to create a just society with equal opportunities for everyone.”²⁷

Nach vier Monaten legte der Verfassungsrat dem Parlament Mitte 2011 einen einstimmig beschlossenen Verfassungsentwurf vor. Das Parlament holte nochmals Rat von internationalen Experten ein.²⁸ Nach über einem Jahr weiterer Arbeit am Entwurf sollte ein nicht bindendes Referendum über den Inhalt der Verfassungsrevision entscheiden, was den Beginn einer vierten Etappe einläutete. Eine zeitliche Verbindung mit der anstehenden Präsidentenwahl konnte nicht erreicht werden, weil die großen Oppositionsparteien durch Filibuster-Strategien die Arbeit des Parlaments verzögerten. Das Referendum fand schließlich am 20. Oktober 2012 statt. Die Wahlbeteiligung betrug 48,7 Prozent.²⁹ Der gesamte Verfassungsentwurf erreichte eine Zustimmung von 64,2 Prozent. Im Referendum wurden einzelne Themen ebenfalls einzeln abgefragt. Alle Änderungsvorschläge erhielten über 50 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen. Die größte Unterstützung fand mit 74 Prozent Ja-Stimmen der Vorschlag einer Vergemeinschaftung der natürlichen Ressourcen. Ebenso befürwortete eine große Mehrheit die Ausweitung direktdemokratischer Instrumente. Weniger deutlich fiel hingegen die Mehrheit für eine Veränderung des Wahlrechts sowie die Einführung einer isländischen Staatskirche aus.

Unmittelbar nach dem Referendum brandete Kritik am Verfassungsentwurf auf. Seitens der großen Oppositionsparteien wurde das gesamte Verfahren als nicht legitim eingestuft. Auch Juristen und andere Akademiker kritisierten nun verstärkt das Verfahren. Die Regierung reagierte auf diese Kritik mit einer weiteren Evaluation durch die Venice-Kommission der Europäischen Union.³⁰ Diese machte einige Veränderungsvorschläge, die auch in den Verfassungsentwurf eingearbeitet wurden, wertete ihn jedoch als eine aus juristischer Perspektive zu vertretende Reform. Ende 2012 war der Verfassungsentwurf reif für eine parlamentarische Verabschiedung. Nach der bestehenden Verfassung müssen in Island Verfassungsänderungen von einem neu gewählten Parlament bekräftigt werden. Der nächste Wahltermin stand für den April 2013 fest, die Zeit wurde also knapp, sollten Verfassungsabstimmung und reguläre Neuwahlen sinnvoll miteinander verknüpft werden.

26 Vgl. *Thorvaldur Gylfason*, a.a.O. (Fn. 23), S. 17 f.

27 Der übersetzte Entwurf der Verfassung ist auf der Homepage des Verfassungsrates zu finden, http://www.stjornlagathing.is/other_files/stjornlagarad/Frumvarp-enska.pdf (Abruf am 17. September 2013).

28 Vgl. *Zachary Elkins / Tom Ginburg / James Melton*, A Review of Iceland's Draft Constitution, 14. Oktober 2012, <https://webpace.utexas.edu/elkinszs/web/CCP%20Iceland%20Report.pdf> (Abruf am 17. September 2013).

29 Diese und die folgenden Daten entstammen der Homepage von Statistics Iceland, <http://www.statice.is/pages/2465> (Abruf am 17. September 2013).

30 Die Venice-Kommission ist seit 1990 ein Beratungsorgan des Europarates für Verfassungsfragen. Ihr Bericht zum isländischen Verfassungsentwurf ist auf der Homepage des Parlamentes abrufbar, http://www.althingi.is/pdf/Feneyjanefnd_skyrsla_e.pdf (Abruf am 19. September 2013).

Die Reform wurde letztlich zu einem Spielball des Parteienwettbewerbs. Die Unabhängigkeitspartei und die Fortschrittspartei lehnten die Verfassungsänderungen grundsätzlich ab. Innerhalb der Regierungskoalition schwand zusehends der Mut, da die Umfragewerte für die anstehende Wahl seit Mitte 2010 einen Regierungswechsel nahe legten (vgl. Abbildung 2). Obwohl sich in öffentlichen Bekanntmachungen eine Mehrzahl der Abgeordneten (32 von insgesamt 65) explizit hinter die Verfassungsreform stellte, drohte die Opposition, mit weiteren Filibuster-Strategien eine Verabschiedung der Reform vor der Wahl zu torpedieren. Zwar versuchte eine Abgeordnete in der letzten Sitzung des Parlamentes noch, den Entwurf als Zusatz zu einer anderen Gesetzesvorlage in die Abstimmung „einzuschmuggeln“; dies wurde allerdings vom Parlamentspräsidenten zurückgewiesen. Damit scheiterte die Verfassungsrevision im isländischen Parlament, ihr weiteres Schicksal war abhängig vom Ausgang der nationalen Wahl im April 2013.

3. Die Parlamentswahl als Beendigung einer deliberativen Verfassungsrevision

Mit der Parlamentswahl am 27. April 2013 ist das Experiment einer deliberativen Verfassungsrevision in Island (vorerst) gescheitert. Wie sich in Meinungsumfragen bereits lange vor der Wahl andeutete (vgl. Abbildung 2), verlor die linke Koalitionsregierung rasch nach der Wahl von 2009, vor allem seit April 2010, an Rückhalt in der Bevölkerung. Als andere Seite des Meinungsbildes legte die Unabhängigkeitspartei ebenso rasch in den Umfragen zu, blieb bis kurz vor der Wahl 2013 die dominante Partei und konnte auf der Zielgeraden den Rang als stärkste Fraktion gerade noch gegen die Fortschrittspartei verteidigen und mit *Sigmundur Davíð Gunnlaugsson* den zukünftigen Regierungschef in einer Koalition aus Unabhängigkeits- und Fortschrittspartei stellen.

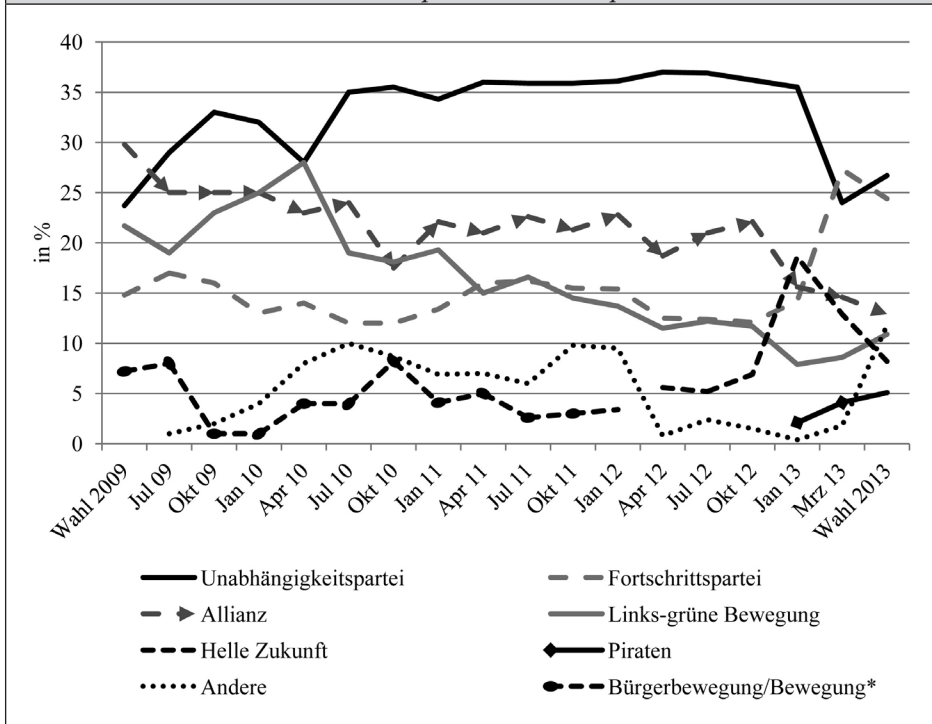
Die BF löste sich in der Mitte der Wahlperiode auf, ein Teil der Mitglieder fusionierten mit anderen Splittergruppen zur neuen Bewegungspartei Helle Zukunft (ebenfalls: BF), die mit 8,2 Prozent der Stimmen und sechs Sitzen ebenso den Sprung ins Parlament schaffte wie die erst kurz vor der Wahl gegründete Piratenpartei (mit 5,1 Prozent der Stimmen und drei Sitzen).

Die neue bürgerliche Koalition aus Unabhängigkeits- und Fortschrittspartei kommt auf 51,1 Prozent der abgegebenen Stimmen und mit 38 von insgesamt 63 Mandaten auf eine komfortable Mehrheit von 60,3 Prozent der Sitze. Die sozialdemokratische Allianz verlor ebenso wie die links-libertäre Bewegung circa 50 Prozent ihrer jeweiligen Sitze. Beide Parteien bilden allerdings noch die dritt- beziehungsweise viertstärkste Fraktion im Parlament.

Der Wahlausgang stellte keine Überraschung dar. Letztlich deutete sich der Verlust der Linkskoalition schon seit drei Jahren an. Dies ist für ausländische Beobachter insofern verwunderlich, als die Krisenpolitik der Linksregierung von verschiedenen Seiten durchaus gelobt wird.³¹ So kann die isländische Wirtschaft wieder robuste Wachstumszahlen vorweisen, und auch die sozialen Härten der aufgelegten Sparprogramme sind nicht in einem Maße vorhanden wie in Griechenland oder Irland. Allerdings rächte sich die Bereitschaft der Linkskoalition, bei den Icesave-Verhandlungen die gesamte Gesellschaft gesamtschuldnerisch gegenüber ausländischen Gläubigern haften zu lassen. Der isländische Präsident

31 Vgl. IMF, Iceland's Recovery: Can the Lessons Be Applied Elsewhere?, IMF Survey Online, 24. Oktober 2011; OECD, Economic Surveys: Iceland, Paris 2013.

Abbildung 2: Umfragewerte isländischer Parteien 2009 bis 2013 und Wahlergebnisse der Parlamentswahlen am 24. April 2009 und 27. April 2013 (in Prozent)



Anmerkungen: Parteien im Parlament Althing (Alþingi) seit der Wahl vom 27. April 2013: Unabhängigkeitspartei (Sjálfstæðisflokkurinn), Fortschrittspartei (Framsóknarflokkurinn), Allianz (Samfylkingin), Links-grüne Bewegung (Vinstrihreyfingin – grænt framboð), Leuchtende Zukunft (Björt framtíð), Piratenpartei (Píratar).

Weitere Angaben: * Bürgerbewegung (Borgarahreyfingin) existierte seit 2009, im Parlament 2009 mit vier Sitzen vertreten. Drei der Abgeordneten gründeten 2009 die Partei Bewegung (Hreyfingin), 2012 ging die Partei in der neuen Partei Morgenröte auf; Andere (Annað).

Quelle: Daten von Capacent Gallup, <http://capacent.is/frettir-og-frodleikur/thjodarpulsinn/>; Wahlergebnis vom 25. April 2009 (Statistics Iceland 2010: 1); Wahlergebnis vom 27. April 2013, <http://www.mbl.is/frettir/kosningar/> (Abruf jeweils am 3. September 2013).

blockierte eine solche Entscheidung und wurde in zwei Referenden zu diesem Thema mit großer Mehrheit bekräftigt. Die Opposition konnte aus diesen Niederlagen der Linkskoalition Kapital schlagen.

Ein weiterer kritischer Punkt im Wahlkampf war die Verfassungsrevision. In der isländischen Gesellschaft stehen vor allem die ländlichen Regionen hinter der Unabhängigkeitsbeziehungswise Fortschrittspartei. Die Vielzahl deliberativer Verfahren hingegen sprach vor allem die städtischen Wählerschichten an. In einer solchermassen gespaltenen Gesellschaft konnten die deliberativen und direktdemokratischen Verfahren keine Brücken schlagen.

Letztlich untergrub die selektive Anhebung von Steuern den Rückhalt der Linkskoalition in den oberen Einkommensschichten. Die bürgerlichen Parteien konnten hingegen mit

dem Versprechen von Steuersenkungen ebenso punkten wie mit der Ankündigung, die Ansiedlung der – energieintensiven – Schwerindustrie weiter zu fördern. Und die bürgerlichen Parteien reüssierten auch mit dem Wahlversprechen, die seit der Finanzkrise sehr hoch verschuldeten privaten Haushalte durch einen 20-prozentigen Erlass ihrer Hypothekenschulden zu entlasten.³²

Mit dem Wahlausgang und einer Rückkehr zur bürgerlichen Hegemonie im isländischen Parlament sind die politischen Experimente der Linkskoalition (vorläufig) beendet. Als erste Amtshandlung der neuen Regierung wurden die Beitrittsverhandlungen mit der EU auf Eis gelegt und offiziell im Februar 2014 für beendet erklärt. Ferner wurde klargestellt, dass eine Verfassungsrevision nicht oberste Priorität für die neue Regierung besäße. Damit kehrten die isländische Demokratie und die isländische Politik wieder auf ihre historisch gewachsenen Pfade zurück: „Unabhängigkeit statt EU-Mitgliedschaft“³³, eine Kontinuität in der Fischereipolitik – mit den nepotistischen Pfründen der alten Elite – und ein Wahlrecht, das die ländlichen Interessen gegenüber den urbanen weiterhin bevorzugt.

4. Das isländische Experiment aus demokratietheoretischer Perspektive

Auch wenn die isländische Demokratie sehr klein ist, lassen sich aus diesem „Labor“ durchaus wichtige demokratietheoretische Rückschlüsse ziehen. Erstens zeigen die Analysen, wie lückenhaft klassische Messungen der Demokratiequalität sein können. Während führende Messmethoden seit 1990 der isländischen Demokratie eine stetige Verbesserung ihrer Qualität attestieren, wurden die demokratischen Institutionen ausgefüllt von einem parteipolitisch angetriebenen Nepotismus, der die Rechtsstaatlichkeit, die Gewaltentrennung sowie insgesamt die Responsivität der Demokratie gegenüber gesellschaftlichen Interessen verwässerte, wenn nicht gar aushebelte.

Zweitens ist das isländische „Labor“ ein demokratietheoretisch bedeutsames Beispiel dafür, dass sich deliberative Formen der Politikgestaltung an solchen institutionellen Formen demokratischer Entscheidungsfindung reiben, die von der Logik des Parteien- und Machtwettbewerbs bestimmt werden. Die vielfach gelobte Form einer deliberativen Verfassungsrevision in Island kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass diese keine Brücken zwischen den gespaltenen Lagern in der isländischen Gesellschaft zu schlagen imstande war: Die Interessengegensätze zwischen Stadt und Land konnten auf diesem Wege nicht ausgeglichen werden. Im Gegenteil zeigt sich, dass eine Deliberation wie in Island dann kein konsensuales Verfahren zur Kompromissfindung darstellt, wenn sich weite Teile der Gesellschaft nicht daran beteiligen und die Parteien, die diese Interessen repräsentieren, nicht in den Deliberationsprozess eingebunden werden beziehungsweise einen deliberativen Modus demokratischer Entscheidung nicht akzeptieren. Die Spaltung der isländischen Gesellschaft ist vielmehr durch diese deliberativen Verfahren zementiert worden.

32 Vgl. Kyle Simmons / Katrin Ridder-Strolis / Norbert Beckmann-Dierkes, Parlamentswahlen in Island führen zu Regierungswechsel, Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin 2013; Ingólfur V. Gíslason, Parliamentary Elections in Iceland. How the Elections Could Affect Future EU Membership, FES Berlin 2013.

33 Tobias Etzold / Christian Rebhan, Island nach den Wahlen: Unabhängigkeit statt EU-Mitgliedschaft, SWP Berlin 2013.

Insofern kann Island auch nicht der nordischen Variante einer „konsensualen Verhandlungsdemokratie“ zugeordnet werden. Dies ist nicht nur für die Nordeuropaforschung von Bedeutung, sondern öffnet auch Fragen einer akkuraten empirischen Messung von demokratischen Institutionen im internationalen sowie historischen Vergleich. Die isländische Entwicklung offenbart Grenzen variablenorientierter Demokratiemessungen, die vorwiegend rein formale Institutionen messen, ohne deren historische Ausfüllung durch parteipolitisches Leben erfassen zu können. Dass eine solche Erfassung mit variablen-orientierten Ansätzen schwer zu meistern sei, kann kaum als Gegenargument dienen gegen die hier vorgebrachte Forderung, in der vergleichenden Demokratieforschung stärker die realen historischen Dynamiken und Prozesse analytisch zu vertiefen.